ihnen angeblich abgenommenen Viehbestände noch nichts Zuverlässiges verlautbart worden ist. Eine größere Genauigkeit und Schnelligkeit darf mit vollem Recht von der offiziellen amtlichen Berichterstattung aus Südwestafrika erwartet werden; die Entschuldigungen, welche kürzlich die „Nordd. Allg. Ztg.“ hinsichtlich der ganzen amtlichen Berichterstattung vorbrachte, können als stichhaltig nicht gelten.

Die Kosten des Feldzuges.

Der Aufstand und der Kampf in Südwestafrika muß auch einmal von seiner finanziellen Seite betrachtet werden. Ohne Zweifel wird der dem Reichstage im Herbste zugehende Nachtragsetat die Summe von 30 Millionen Mark überschreiten und die Gesamtkosten für den Aufstand sind nach verschiedenen Blättern mindestens mit 50 Millionen zu beziffern. Eine richtige Schätzung dieser hohen Summe ist nur möglich durch den Vergleich mit den Ausgaben anderer Kolonialstaaten für ihre Kolonialkriege. Hierfür bietet das dem englischen Parlamente zugegangene Material einen reichlichen Stoff. Danach hat z. B. der Feldzug gegen den Mullah im Somaliland 4½ Millionen Pfund oder 90 Millionen Mark gekostet, ohne daß die Rechnung schon ganz abgeschlossen ist. Fast auf das Doppelte der Ausgaben für Südwestafrika kommt man damit. Dabei steht der Wert von Somaliland zweifellos weit hinter dem von Südwestafrika zurück. Auch ist die Sache nicht gründlich erledigt, da der Mullah entflohen ist und leicht zurückkehren kann. In Rhodesia brach nach der Unterwerfung von Lobengula, dem Häuptling der Matabele, ein Aufstand der Eingeborenen aus, der den Engländern länger als ein Jahr zu schaffen machte. Er hat eine Ausgabe von 2½ Millionen Pfund verursacht, kommt also darin dem Herero-aufstande ungefähr gleich. In den meisten afrikanischen Kolonialkriegen kommen viel größere Ausgaben zum Vorschein als für Südwestafrika, so z. B. für die Eroberung von Dahome durch die Franzosen, die Unterwerfung des Aschantireiches, gegen welches die Engländer zwei Feldzüge unternehmen mußten, zuerst in den 70er Jahren und dann über 30 Jahre später. Doch waren es nicht allein solche Kämpfe, welche dem Mutterlande so hohe Lasten auferlegten, sondern ununterbrochen erhalten die Kolonien für ihre wirtschaftliche Entwickelung von England Zuschüsse. Für Neu-Süd-Wales hat es 10 Millionen Pfund (200 Millionen Mark) ausgegeben, bis 1882 ein Gleichgewicht in Einnahmen und Ausgaben eintrat. In England rechnet man nicht, wie in Deutschland, darauf, daß Kolonien nach einer kurzen Spanne Zeit Ueberschüsse bringen sollen. Nach langen praktischen Erfahrungen sucht man den Wert von Kolonien auf anderen Gebieten. Zu gleichen Schlüssen führt auch die Kolonialpolitik Frankreichs, dessen Kolonie Algier über ein halbes Jahrhundert Zuschüsse von etwa 7 Milliarden verlangte, ehe man Erträge für das Mutterland erblicken konnte. Solche Ausgaben schwächen das Mutterland nicht nur nicht, sondern bringen ihm mit der Zeit Stärkung.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 23. August.

Der Fall Hammerstein.

Die „Post“, deren Beziehungen zu dem Freiherrn v. Zedlitz, dem Führer der Freikonservativen im preußischen Abgeordnetenhause, bekannt sind, macht zum Fall Mirbach-Hammerstein die folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

Man wirft jetzt dem Minister des Innern vor, als er die Beantwortung der freisinnigen Interpellation über die Inanspruchnahme der Oberpräsidenten durch Freiherrn von Mirbach für die dem Kaiserpaar zugedachte silberne Hochzeitsspende auf eine spätere Zeit verschob, weil die eingeforderten Berichte der Oberpräsidenten noch nicht vollständig vorlägen, sich einer mit dem Sachverhalt nicht völlig übereinstimmenden Ausflucht bedient zu haben; denn die Inanspruchnahme der Oberpräsidenten durch Herrn von Mirbach sei nicht nur mit seinem Vorwissen erfolgt, sondern er habe sie, als anfänglich der Erfolg ausblieb, mit seiner amtlichen Autorität unterstützt; er habe aber sich gleichwohl zur Zeit zur Beantwortung der Interpellation nicht imstande gesehen, weil er wegen Abwesenheit des Monarchen nicht in der Lage gewesen wäre, vorher die Allerhöchste Willensmeinung über den Fall einzuholen. Wäre diese Darstellung zutreffend, so würde sie allerdings geeignet sein, die Stellung des Ministers des Innern gegenüber der Landesvertretung empfindlich zu verschlechtern, man war bisher gewohnt, in Herrn von Hammerstein einen Mann zu sehen, der sich zwar nicht durch besondere parlamentarische Gewandtheit auszeichnet, der aber weiß, was er will, und die nötige Willenskraft besitzt, das, was er für richtig erkannt hat, auch gegenüber vorhandenen Widerständen durchzusetzen. Einigermaßen zweifelhaft konnte es nach dem, was über einige Personalvorgänge aus seinem Ressort verlautet, allerdings erscheinen, ob er sich nicht mehr als rein ausführendes Organ des Willens der Krone betrachte, als dies mit der verfassungsmäßigen, selbständigen Verantwortlichkeit des preußischen Ministers vereinbar ist. Dieses Urteil müßte, wenn jene Angaben richtig wären, in mehreren Punkten modifiziert werden. Zunächst würde es sich bei der Behandlung der erwähnten Interpellation schon nicht mehr um eine bloße parlamentarische Ungeschicklichkeit, sondern um einen Akt der Nichtachtung gegenüber der Landesvertretung handeln, den diese schwerlich ungerügt passieren lassen könnte; sodann aber würde allerdings in einer mehr als unerwünschten Weise sich bestätigen, daß dem Minister des Innern das volle Gefühl für die ihm auch der Landesvertretung, wie dem Monarchen gegenüber obliegende persönliche Verantwortung fehlt, und daß er demzufolge dieser seiner Verantwortlichkeit nicht voll gerecht werden kann. Es liegt auf der Hand, daß, wenn dies der Fall wäre, sein Ansehen gegenüber der Landesvertretung stark beeinträchtigt und ein gedeihliches Zusammenwirken mit ihr ernstlich in Frage gestellt sein würde. Man wird aber nach dem Vorgange von 1903, wo sich bekanntlich ja auch sämtliche Ausstreuungen gegen den Minister des Innern als frei erfunden herausgestellt haben, annehmen dürfen, daß jene Darstellung von liberaler Seite den Tatsachen nicht entspricht, und es ist daher dringend zu wünschen, daß sobald als möglich der wirkliche Sachverhalt in authentischer Weise klargestellt wird. Wenn, wie es scheint, aus Gründen, deren Berechtigung nicht ohne weiteres bestritten werden soll, von einer Berichtigung durch die Presse Abstand genommen wird, so darf doch mindestens erwartet werden, daß unmittelbar nach dem ja nicht mehr zu lange ausstehenden Wiederzusammentritt des Landtages die Beantwortung der freisinnigen Interpellation erfolgen und dabei Gelegenheit genommen werden wird, den wirklichen Sachverhalt klar darzulegen.

Den einzig plausiblen Grund dafür, daß bisher unsere Angaben nicht dementiert worden sind, haben wir schon einmal gesagt: Sie sind wahr.

Eine feine Unterscheidung.

Dem badischen Zentrum war kürzlich vorgehalten worden, daß es die Sozialdemokratie unterstützt und dadurch großgezogen habe. Das führende badische Zentrumsorgan weist nun diese Behauptung in einer äußerst feinen Weise zurück, indem es schreibt: „Die Parole lautete niemals auf Unterstützung der Sozialdemokratie, sondern auf Bekämpfung des Nationalliberalismus“. Wenn also bei den Wahlen von 1898 und 1903 die Sozialdemokraten die drei Reichstagswahlkreise Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim erobern konnten, weil ihnen, sei es im ersten Wahlgange, sei es in der Stichwahl, Tausende von Zentrumsstimmen zufielen, so ist die Zentralleitung des Zentrums in Baden an diesem Wahlausgange ganz unschuldig, denn sie hat den Wählern nicht etwa gesagt „unterstützt die Sozialdemokraten“, sondern die Parole lautete „bekämpft den Nationalliberalen“. Die Wähler werden nun, besonders bei der Stichwahl, wo dem Nationalliberalen nur der sozialdemokratische Bewerber gegenüberstand, allerdings nicht recht gewußt haben, wie sie den Nationalliberalen anders bekämpfen könnten, als indem sie den Sozialdemokraten unterstützten. Es geht doch nichts über ein bißchen Jesuitismus.

Die englischen „Bundesgenossen“ der Japaner.

Angesichts des Kopfzerbrechens, das die Angelegenheit des in Shanghai liegenden russischen Kreuzers „Askold“ den Chinesen und teilweise auch den neutralen Mächten macht, ist ein Telegramm von hohem Interesse, das der Shanghaier Spezialkorrespondent der „Times“ seinem Blatte sendet. In diesem Telegramm heißt es: Das Dock auf welchem der „Askold“ repariert wird, gehört einer britischen Gesellschaft und untersteht nicht der chinesischen Jurisdiktion. Daher erhebt sich die Frage, ob es nicht die Pflicht der britischen Autoritäten ist, die strengen Anforderungen der Neutralität zu definieren und zu erzwingen.“ Trifft diese Mitteilung zu, so sind die Chinesen „fein heraus“, denn sie können alle Verantwortung auf England abwälzen und es dadurch vermeiden, sich entweder die Russen oder die Japaner zu Feinden zu machen. Bisher hat Englands Bundesgenossenschaft für Japan nur darin bestanden, Deutschland abwechselnd bei den Japanern und bei den Russen zu verdächtigen. Man wird nun sehen, ob England in dem „Askold“-falle ebenso strikt seine Neutralitätspflicht erfüllen wird, wie dies seitens des deutschen Gouvernements in Tsingtan geschehen ist.

Bulgarische Kriegsrüstungen.

Aus Sofia, 21. August, schreibt man uns: Die beiden Organe der bulgarischen Regierung „Neue Zeit“ und „Amtliche Pote“ veröffentlichen seit mehreren Tagen scharfe Angriffe gegen die Türkei. Sie werfen derselben vor, sie suche sich der Erfüllung der im letzten türkisch-bulgarischen Abkommen übernommenen Pflichten zu entziehen. Während die bulgarische Regierung alle Punkte des Abkommens in gewissenhaftester Weise erfüllt habe. Die „Neue Zeit“ schließt ihren Artikel mit den Worten: „Angesichts aller dieser Tatsachen ist es uns nicht mehr möglich, an den guten Willen der Pforte zu glauben. Es wird daher Bulgarien nichts anderes übrig bleiben, als seine Rechnungen mit der Türkei mit den Waffen zu begleichen.“

Deutsches Reich.

Leipzig, 23. August.

* **Vom nationalliberalen Jugendtage in Leipzig.** Für die öffentliche Sitzung des nationalliberalen Jugendtages, der, wie schon mitgeteilt, vom 2. bis 4. September hier stattfindet, liegen folgende Anträge vor:

Drei Anträge Köln: 1) Der Vertretertag ersucht die nationalliberale Fraktion des Reichstages, sich der vom Jugendfürsorge-Verband der Berliner Lehrerschaft ausgehenden Petition zur Abänderung der Geburtsurkunden vorehelich geborener Kinder aufs wärmste anzunehmen; 2) Der Vertretertag beschließt, die nationalliberalen Fraktionen sämtlicher deutschen Bundesstaaten zu ersuchen, für eine Aenderung des bisherigen umständlichen Verfahrens bei der Erwerbung der Staatsangehörigkeit seitens Angehöriger eines andern deutschen Bundesstaates einzutreten; 3) Der Vertretertag hält eine baldige Regelung der Pensionsversicherung der Privatbeamten für dringend notwendig. Er ersucht die nationalliberalen Abgeordneten, für die Voranstellung dieser Frage vor andere soziale Versicherungsfragen einzutreten.

Ein Antrag München: Der Reichsverband hält die Bestrebungen der Privatbeamten auf Einführung einer Pensionsversicherung für vollauf gerechtfertigt und ersucht die nationalliberale Reichstagsfraktion in dankender Anerkennung ihrer in dieser Frage bereits vorgenommenen Schritte, auch fernerhin mit allen Kräften auf die endliche Verwirklichung dieser Bestrebungen hinzuwirken.

Zwei Anträge Berlin: 1) Die nationalliberalen Jugendvereine mögen in eine verstärkte Agitation für eine weitere erhebliche Vermehrung der deutschen Kriegsflotte im Sinne des Düsseldorfer Beschlusses vom Jahre 1902 eintreten; 2) Der Delegiertentag hält es für wünschenswert, daß sich die jungliberalen Vereine im Laufe des Geschäftsjahres mit der Frauenfrage befassen, damit die Frage auf der nächsten Delegiertenversammlung zum Gegenstand der Beratung gemacht werden kann.

Ein Antrag Frankfurt a. M.: Der ordentliche Vertretertag beschließt, ein Referat über die Tagesordnung des Vertretertages für 1905 zu setzen.

Der Vorstand behält sich vor, diese Anträge Köln, Berlin und Frankfurt a. M. auch schon für den 3. September auf die Tagesordnung einer öffentlichen Sitzung zu stellen. Der öffentlichen Sitzung am 4. September folgt eine vertrauliche Schlußsitzung zur Vornahme von Neuwahlen.

*

Dresden, 22. August.

* **Genosse Schippel.** Auf der Parteiversammlung der sozialdemokratischen Wähler des 5. Reichstagswahlkreises (Dresden-Altstadt) herrschte wenig Neigung, dem Ausschluß Schippels aus der Partei zuzustimmen. Mehrere Redner sprachen dagegen, keiner dafür. Besonders wurde betont, daß Schippel schon lange Schutzzöllner sei; seit dem Stuttgarter Parteitage habe man das gewußt, sich aber nicht sonderlich darüber aufgeregt und es, freilich als etwas Unangenehmes, mit in den Kauf genommen. Auch jetzt seien es nicht die theoretischen Ansichten Schippels über die Zollfrage, die die Angelegenheit so peinlich machten, sondern der Umstand, daß sie zu einer Zeit in den Vordergrund geschoben seien, wo die Einheit der Partei gegen die Hochschutzzöllner unbedingt erforderlich gewesen sei. Es sei aber nicht Schippels Schuld, daß es so gekommen sei, sondern auf eine Reihe Zufälligkeiten zurückzuführen. Damit könne man keinen Ausschluß begründen. Andere Redner waren zwar der Meinung, daß die Zuspitzung der Kontroverse von Schippel hätte verhindert werden können, wodurch der Partei ein beschämendes Schauspiel erspart geblieben wäre. Deshalb müsse man fragen, ob Schippel noch ein Vertrauensamt in der Partei bekleiden dürfe. Jedenfalls müsse man sich gegen eine Wiederaufstellung Schippels als Reichstagskandidat mit Händen und Füßen wehren. Er hätte überhaupt kein Mandat übernehmen sollen, denn er habe voraussehen können, daß ihn seine schutzzöllnerischen Neigungen in der Zeit der Zollkämpfe in schroffen Gegensatz zu dem Vorgehen der Gesamtpartei bringen mußten. — Also nicht hinaus, aber herunter!

* **Das Satyrspiel in der Löbtauer Tragödie.** Der Löbtauer Tragödie — in dem Löbtauer Bauarbeiterkrawall-Prozeß wurden, wie erinnerlich, eine Anzahl Maurer und Zimmerer wegen Landfriedensbruchs zu außerordentlich hohen Zuchthausstrafen verurteilt — fehlt auch das Satyrspiel nicht, indem ein häßliches Gefeilsche um die Unterstützungsgelder anhebt, die seiner Zeit in sehr bedeutender Höhe von der sozialdemokratischen Parteileitung gesammelt worden waren. Drei der später Begnadigten, Geißler, Hecht und Wobst, erlassen nämlich eine Erklärung, in der es unter anderen heißt, in einer sozialdemokratischen Versammlung, in welcher das Hülfscomité Bericht über die Unterstützungen erstattete, seien sie mit allerhand frivolen und unwahren Anschuldigungen überschüttet worden, woraus sie den Schluß zögen, daß sich das Comité gegen sie verschworen habe, um die Arbeiter wider sie aufzuhetzen. In einer Zimmermannsversammlung sei berichtet worden, die Unterstützungen für Geißler und Hecht hätten je über 2000 ℳ betragen, einer Angehörigen der Verurteilten sei eine Nähmaschine geschenkt worden und Wobst habe alle Monate das Hülfscomité in betrunkenem Zustande aufgesucht und habe jedesmal 500 Mark verlangt. Alles das sei unwahr, man könne hier so recht sehen, wie es mit Arbeitern gemacht werde. Gerade die Herren vom Hülfscomité ließen sich ihre Stellen von der Arbeiterbewegung anständig besolden. So könnten auch sie verlangen, daß sie anständig bedacht würden. Sie hielten sich strikte an die damaligen Aufrufe und Quittungen. — Was sagt das Hülfscomité dazu?

*

Berlin, 23. August.

* **Zu den Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz.** Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz, die in den nächsten Tagen neu aufgenommen und voraussichtlich zu einem gedeihlichen vorläufigen Abschlusse geführt werden, spielt eine nicht unbedeutende Rolle die Frage der Regelung des Veredelungsverkehrs. In dem Vertrage mit der Schweiz vom Jahre 1892 heißt es in Art. 6: Zur Regelung des Verkehrs zum Zwecke der Veredelung oder Ausbesserung von Waren zwischen den Gebieten der vertragschließenden Teile wird festgesetzt, daß bei der Einfuhr in das Veredelungsland und bei der Rückkehr aus demselben von Eingangs- und Ausgangsabgaben befreit bleiben: a. Gewebe und Garne, welche zum Waschen, Bleichen, Färben, Walken, Appretieren, Bedrucken und Sticken, sowie Garne, welche zum Stricken und Zwirnen, b. Gespinste, welche zur Herstellung von Spitzen und Posamentierwaren, c. Garne in gescherten Ketten nebst dem erforderlichen Schußgarn, welche zur Herstellung von Geweben, d. Seide, welche zum Färben oder Umfärben, e. Häute und Felle, welche zur Leder- und Pelzwerkbereitung, f. Gegenstände, welche zum Lackieren, Polieren und Bemalen in das andere Gebiet ausgeführt worden sind, g. sonstige zur Ausbesserung, Bearbeitung oder Veredelung bestimmte, in das andere Gebiet gebrachte und nach Erreichung jenes Zweckes unter Beobachtung der deshalb getroffenen besonderen Vorschriften zurückgeführte Gegenstände, wenn die wesentliche Beschaffenheit und Benennung derselben unverändert bleibt, und zwar in allen diesen Fällen, sofern die Identität der aus- und wieder eingeführten Waren und Gegenstände außer Zweifel ist. Auf Grund der letzteren allgemeinen Bestimmung war auch den deutschen Fabrikanten der Papierbranche, die ihre Fabriken in der Nähe der Schweizer Grenze auf deutschem Boden haben, und die auch zugleich Filialgeschäfte in der Schweiz besitzen, gestattet, Kartons, Papier usw. aus der Schweiz in das Deutsche Reich zollfrei einzuführen, sie dort verarbeiten zu lassen und in veredeltem Zustande nach der Schweiz zurückzuführen. Diese Bestimmung, die von großem Vorteil für die betreffenden Fabrikanten war, ist von der schweizerischen Zollbehörde bereits seit zwei Jahren gekündigt worden. Es gilt, Bestimmungen zu finden, die Ersatz zu bieten vermögen für die Aenderung des früheren Zustandes. Ob es gelingt, in den neuen Handelsvertrag eine Bestimmung aufzunehmen des Inhalts, daß Papier und Kartons ebenfalls dem Veredelungsverkehr unterworfen werden sollen, wird die nächste Zeit lehren.

* **Frühere Einberufung des Reichstages?** Nach Mitteilungen, die die „Dtsch. Tagesztg.“ von angeblich sehr gut unterrichteter Seite zugehen, ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag schon früher einberufen wird, um zu den Handelsverträgen Stellung zu nehmen. Man hofft neuerdings, auch mit den übrigen Staaten, mit denen Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag eingeleitet worden sind, in nicht zu langer Zeit zu einem Abschlusse zu kommen, so daß wenn auch nicht alle, so doch die meisten und wichtigsten Handelsverträge dem Reichstage Ende Oktober oder Anfang November unterbreitet werden könnten. Man hält es für wünschenswert, daß, wenn die neuen Handelsverträge, wie beabsichtigt, am 1. Januar 1906 in Kraft treten sollen, die betreffenden Reichstagsabschlüsse möglichst vor dem Ende dieses Jahres gefaßt werden, damit Industrie und Handel ein volles Jahr Zeit haben, um sich auf die neuen Verhältnisse einzurichten.

* **Arbeiterfürsorge im preuß. Eisenbahndienste.** Für die staatlichen Eisenbahnwerkstätten beträgt die Gesamtarbeitszeit längst nicht mehr 10, sondern nur 9½ Stunden. Jeder Arbeiter, der mindestens ein Jahr ununterbrochen im Dienst der Verwaltung beschäftigt ist, erhält bei militärischen Uebungen von nicht mehr als 14tägiger Dauer zwei Drittel des Lohnes, wenn er verheiratet oder

---

Feuilleton.

Die Festspiele in München.

(Götterdämmerung.)

Von Heinrich Zoellner.

Beim Betreten des Festspielhauses leuchteten uns rote Zettel entgegen, welche besagten, daß Frau Fränkel-Claus aus Hamburg unpäßlich geworden und daß Frau Senger-Bettaque für sie die Rolle der Brünnhilde übernehmen würde. Mir war es ganz interessant, auf diese Weise die eigentliche Münchener Vertreterin der Brünnhildenpartie kennen zu lernen. Wie nicht anders zu erwarten, war es denn auch eine durchaus reife Leistung. Daß die höchsten dramatischen Accente Frau Bettaque versagt sind, liegt an ihrer stimmlichen Veranlagung, nicht an ihrer geistigen. Im Ganzen genommen war ihre Leistung bis ins einzelnste Detail eine vorzüglich durchdachte, hoch intelligente. Daß sie die Partie (wahrscheinlich ohne jede Probe) so schnell übernehmen und durchführen konnte, zeugt von großer musikalischer Sicherheit. Der Siegfried des Herrn Knote war ebenfalls eine hoch anzuerkennende Leistung, vielleicht stimmlich nicht ganz so von frischestem Wohllaut wie am Abend vorher. Doch schmetterte er auch diesmal die Töne der hohen Lage ganz prachtvoll heraus (u. a. gelang ihm das hohe c bei dem Antwortruf „Hoiho“ vorzüglich) und zeigte namentlich bei der sehr gut pointierten Erzählung seiner Lebensschicksale, daß er seine Stimme noch bis zuletzt voll in der Gewalt hatte. Schauspielerisch war besonders wirksam sein Fall, nachdem ihn Hagens Speer getroffen. So stürzt ein zu Tode verwundeter Held. Jäh wie ein vom Blitz zerspaltener Baum. Der Hagen des Herrn Putlitz (Rostock) zeichnete sich durch große Präzision im Sprechgesang aus, wenngleich wir uns für den Hagen eigentlich einen schwärzeren Baß wünschen, d. h. eine Stimme von der dunkelsten Klangfarbe. Seine Maske war sehr gut. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß das von Hagen geblasene Stierhorn, welches die Mannen zusammenruft, fast unhörbar war. Da wird es sich wohl notwendig machen, den Bläser dieses Instrumentes an einem günstigeren Platze aufzustellen. Der Gunther des Herrn Brodersen (München) zeichnete sich durch gewaltige Stimmfülle aus, nur läßt seine Aussprache an Deutlichkeit sehr viel zu wünschen übrig. Gutrune und Waltraute waren durch die Damen Irma Roboth und Charlotte Huhn angemessen verkörpert, während der Alberich des Herrn Zador in seiner nächtlichen Scene mit Hagen die unheimlichsten Sprechaccente fand. Das Rheintöchtertrio war wiederum sehr gut, und auch das Nornentrio (die Damen Blank, Huhn und Breuer) bewies sich als musikalisch sicher, wenn auch in der Intonation nicht immer die vollste Reinheit herrschte. Doch ist dies erklärbar durch das oft nur leise flüsternde Orchester, von welchem die Sängerinnen wahrscheinlich sehr wenig hören. Der Männerchor machte einen imposanten Eindruck in der Hagenscene; ebenso vorzüglich gelungen waren die im Flüstertone hingeworfenen Phrasen: Was ist ihr? Ist sie entrückt? und im 3. Akt das im unterdrückten Forte gegebene: Hagen, was tatest du? — Die sich Siegfrieds Tod anschließende Trauermusik litt ersichtlich unter dem Geräusch des Umbaues der Dekoration auf der Bühne. Das Hämmern und Klopfen in diese wundervolle Musik hinein muß vermieden werden. Ich meine: selbst auf die Gefahr hin, den musikalischen Faden einmal abzureißen. So ließ es, wenn mich mein Gedächtnis nicht ganz trügt, Richard Wagner 1881 in Berlin machen. Im dortigen Residenztheater war es unmöglich, den Umbau in der durch die Partitur gegebenen Zeit vorzunehmen — so mußte denn die Trauermusik mit dem bekannten Konzertschluß in C moll beendet werden. Aber was scheinbar die Not erheischte, brachte die Möglichkeit einer ganz grandiosen und ergreifenden Szenenwirkung mit sich. Es konnte nämlich mehr als die Hälfte der Trauermusik bei offener Scene gespielt werden. Die Bewegungen der Mannen beim Heraufragen der mächtigen Leiche wurden auf das allerwürdigste verlangsamt, und während sich milde Nebelschleier auf die Scene senkten, sah man durch sie hindurch im weißen Mondlichte den Trauerzug den Hügel hinaufsteigen. Die malerische Wirkung war unbeschreiblich. Ein Bild gemahnend an Ossian. Sowohl das Schwertmotiv wie auch das sich wiederholende Siegfriedmotiv ertönten, während das Auge noch, wenn auch in immer nebelhafteren Umrissen, Siegfrieds Leiche verfolgte. Ich habe gemerkt, wie graubärtige Männer vergebens ihre Ergriffenheit bekämpften. Dann folgte eine Pause. Fünf Minuten lang und mehr. Da hörte man wohl von der Bühne her Pochen und Hämmern — es klang als wenn ein Riesensarg da hinten gezimmert werden sollte. Aber kein Mensch sprach in dem in tiefste Finsternis getauchten Raume.

Ich kann diesen Eindruck nie vergessen — er war unendlich viel größer, als wenn schon nach wenigen Takten das Bild verschwindet. Hier in München ging es ja noch — da ist das Orchester verdeckt. Aber bei unverdecktem Orchester konzentriert sich die Aufmerksamkeit ganz unwillkürlich auf den Dirigenten und seine Bewegungen. Daß dies den dramatischen Faden viel schlimmer abreißt, als wenn die Musik auf wenige Minuten ganz schweigt, darüber werden alle einigermaßen ästhetisch fühlenden Menschen mit mir einig sein. Bezüglich des verdeckten Orchesters muß ich eines störenden Umstandes erwähnen, der vielleicht durch eine Umsetzung der Musiker zu beheben ist. Eine kleine Gruppe von Holzbläsern dominierte nämlich an manchen Stellen nicht ganz unerheblich. Das sind Klarinetten, Oboen und die Piccolo-Flöte. Sehr bemerkbar war das beim Walkürenritt, wo der Triller der bewegten Instrumente auf fis allzu scharf gegen das übrige Orchester hervortrat. Auch noch bei einer Anzahl anderer Stellen, namentlich in der kleinen Flöte. Einen wunderschönen Klang hingegen entwickelte ausnahmslos der Blechbläserkörper. Sein Platz ist offenbar sehr günstig gewählt. Das Streichorchester klingt im Piano ebenso ideal, wie kraftvoll und saftig im Forte. Die Harfenisten griffen einige Male zu scharf in die Saiten, so auch beim Tode Siegfrieds.

Doch das sind alles nur Ausstellungen von ganz geringfügiger Natur. Bei einem Gesamtrückblick auf den ersten Cyklus des Nibelungenringes im Münchener Prinzregententheater muß man gestehen, daß er eine echte, getreue Widerspiegelung des Wagnerschen Hauptwerkes gab. Es war ungeheuer fleißig gearbeitet worden. Ueberall war die führende Hand eines genialen Bühnenregisseurs sichtbar. Ueberall merkte und hörte man, daß da unten im verdeckten Orchester der Taktstock von einem Manne geschwungen wurde, dem der Geist eines Richard Wagner tief ins Blut gedrungen. Mit nur wenigen Ausnahmen gelang alles vortrefflich, unten im Orchesterraume, oben auf der Bühne, so wie hinter der Bühne. Denn der herrlichen Lichteffekte darf nicht vergessen werden — die Art der Beleuchtung, das Uebergehen eines Farbentones in den anderen war oft von magischer Schönheit. Der Meister in dieser oft nicht genug gewürdigten, weil verborgenen Kunst heißt Julius Klein. So war auch die schwere Aufgabe der letzten Bühnenbilder: des Hereindringens der Rheinesfluten wie der Götterdämmerung in schöner Weise gelöst worden. Ueberhaupt darf man sagen: schon das Anschauen der Münchener Dekorationen zum Nibelungenring verlohnt einen Besuch. Daß die Münchener Festspiele sich jetzt halten werden, ist wohl außer allem Zweifel. Wenn bei diesen vier Spielabenden drei ausverkaufte Häuser zu konstatieren waren, so scheint mir das allein schon ein Beweis auch ihrer praktischen Lebensfähigkeit zu sein. Wir wollen nicht darüber klagen, daß vielleicht die Mehrzahl der Besucher Ausländer sind. Kann es uns nicht schmeichelhaft sein, daß das Ausland zu uns kommt, um unsern größten dramatischen Komponisten in seinem Vaterlande zu bewundern, zu lieben und vielleicht sogar etwas verstehen zu lernen? Ob diese Kunststätte Bayreuth, ob München heißt, was liegt daran? Wir sollen froh sein, daß wir zwei solche Kerle haben, sagte Goethe von sich und Schiller; und ich meine: wir sollen froh sein, daß wir zwei solche Kunststätten haben.

Kunst.

* **Dr. Wilhelm Böge** ist, wie das „B. T.“ meldet, zum Direktorialassistenten bei den königlichen Museen in Berlin ernannt worden.

** **Peter Becker**, ein Einsiedler der deutschen Künstlerschaft, einer der letzten Zeugen der echten Romantik, ist, wie die Berliner „T. R.“ berichtet, hoch betagt in Soest in Westfalen gestorben. Er war am 10. November 1828 in Frankfurt a. M.

SLUB
Wir führen Wissen.